

Stadtverordnetenversammlung  
Falkensee

Falkensee, den 14.02.2020

AfD-Fraktion

Drucksachen-Nr.: 7825

Beschluss-Nr.: .....

vom: .....

**Antrag der AfD-Fraktion zur Umschichtung von Haushaltsmitteln für die vom Bündnis gegen Rechts beantragte Unterbringung von unbegrenzt vielen Asylbewerbern**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadt Falkensee wird entsprechend des Antrags des „Bündnisses gegen Rechts“ eine maximal mögliche Anzahl von (vorrangig unbegleiteten) Flüchtlingen plus sich anschließendem Familiennachzug aus den griechischen Lagern in Falkensee aufnehmen, sofern diese dort als Asylbewerber registriert sind, gültige Pässe besitzen und hier die vollständige Finanzierung der Unterbringung auch für die Folgejahre aus kommunalen Mitteln geklärt ist.

Dazu wird die Stadt Falkensee zeitnah erneut eine Traglufthalle in der Leipziger Straße errichten oder langfristig anmieten, sowie einen vertraglich für mehrere Jahre zu bindenden Wachschatz engagieren.

Finanziert werden sollen alle erforderlichen Maßnahmen durch die Umschichtung aller zur Verfügung stehender kommunaler Mittel, sowie durch Einbeziehung und Umwidmung sämtlicher Fördergelder der Partnerschaft für Demokratie.

Begründung:

1.

Die Erfahrungen mit der Falkenseer Traglufthalle ca. 2016/ 2017 waren in der Vergangenheit durchaus positiv. Diese Halle konnte in nur kurzer Zeit errichtet werden; sie stand in der Leipziger Str./ Ecke Straße der Einheit (schräg hinter dem Selgros-Markt). Die Fläche ist immer noch vorhanden, unbebaut, umschlossen und asphaltiert.

Eine solche Traglufthalle könnte in kürzester Zeit wiedererrichtet oder angemietet werden, dabei ist zu berücksichtigen, dass ein längerfristiger Mietvertrag meist zu besseren Konditionen geschlossen werden kann und daher bevorzugt werden sollte. Gleichzeitig müsste zum Schutz der leeren Halle und der später darin lebenden Menschen ein lizenziertes Wachschatzunternehmen für mind. 3 Jahre verpflichtet werden.

2.

Zur Finanzierung könnten die bereits im Haushalt verplanten Mittel u.a. für den Straßenbau 2020 sowie für die Baumaßnahme des P+R –Parkplatzes am Bhf. Seegefeld durch Umschichtung verwendet werden. Sämtliche schon begonnenen kommunalen Baumaßnahmen müssten dahingehend überprüft werden, ob sie zügig gestoppt werden können. Dadurch könnten auch erhebliche CO2-Emissionen eingespart werden. Bereits geplante, jedoch nicht begonnene Maßnahmen müssten entsprechend auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden.

Auch weitere kommunale Gelder sind zur Finanzierung der Unterbringung durch Umschichtung freizusetzen. Daher müssten auch städtebauliche und bildungspolitische Ausgaben sowie Maßnahmen für Klimaschutz, für energetische Modernisierung und für Jugend- und Seniorenarbeit auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden; eine entsprechende Priorisierung müsste durch weitere Beschlüsse festgelegt werden.

3.

Ferner wird beantragt, sämtliche durch das Bundesfamilienministerium sowie Land und Kommune aus dem Programm „Demokratie leben“ an die Partnerschaft für Demokratie/ Willkommensinitiative/ Jugendforum/ Bündnis gegen Rechts gezahlte Fördergelder zur Finanzierung zur Unterbringung der Asylbewerber umzuwidmen und freizusetzen; entsprechende Genehmigungen zur Umwidmung müssten zeitnah durch die Fördergeldempfänger beim Ausschüttenden eingeholt werden.

Die Willkommensinitiative Falkensee und das Bündnis gegen Rechts bzw. ihre einzelnen Mitglieder als natürliche Personen, werden ermächtigt und um Prüfung gebeten, ob etwaige erforderliche Bürgschaften, für sämtliche Kosten der außerhalb der Traglufthalle untergebrachten Asylbewerber und für deren Versorgung, durch persönliche Haftung übernommen werden können, und ob eigene Räumlichkeiten zur Unterbringung Asylsuchender zur Verfügung gestellt werden können.

4.

Für die minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge (muFI) wird für mindestens 3 Jahre eine entsprechende Maximalanzahl an Plätzen in allen Falkenseer Kitas, Schulen und Hortbereichen vorgehalten. Entsprechende mögliche Pflegefamilien zur Aufnahme von muFI sollen schnellstmöglich durch die Verwaltung gesucht werden, eine enge Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des Kreises muss dabei gewährleistet sein.

In den Stellenplänen der Stadtverwaltung sollte der Mehrbedarf an Personal und Büroräumlichkeiten aufgrund des zu erwartenden deutlichen Bevölkerungszuwachs baldmöglichst errechnet und bekanntgegeben werden, um eine zügige Umsetzung bewerkstelligen zu können.

Der kommunale Wohnungsbestand soll durch die Verwaltung auf freie Kapazitäten hin überprüft werden; ggf. sollen geeignete Wohnungen durch die Stadt angemietet und für Asylbewerber vorgehalten werden, sowie alle städtischen bisher vermieteten Wohnungen nach Freiwerden dann unentgeltlich für die Unterbringung bereitgestellt werden. Da zunächst vorrangig muFI ohne Erwachsenenbegleitung ankommen werden, sollen das Jugendforum und der Jugendbeirat in alle damit zusammenhängenden Maßnahmen einbezogen werden.

Der sich anschließende Familiennachzug für jeden einzelnen muFI soll entsprechend großzügig in die Betrachtung einbezogen werden, von mind. 5 nachziehenden Angehörigen pro muFI ist dabei auszugehen. Ein (bundesweit üblicher) Betrag von durchschnittlich 5.000 EUR sollte für die monatliche vollständige Versorgung und Betreuung jedes einzelnen muFI durch die Stadtverwaltung im Haushalt vorgehalten werden.

5.

Nach 1 Jahr ab Beginn der Maßnahmen soll die Verwaltung vollständig darüber Auskunft geben, wie viele Familienangehörige pro muFI nach Falkensee nachgezogen sind, welche Mittel zur Unterbringung und Versorgung insgesamt durch die Stadt Falkensee pro Asylbewerber aufzuwenden waren, inwieweit der Landkreis daraufhin die Kreisumlage erhöht hat und welche Gelder seitens der Bundesregierung, der Bundesministerien, von der EU-Kommission oder von NGO's an die Stadt Falkensee hierfür zurückgeflossen sind.

Erst dann sollte ggf. die Aufnahme eines weiteren größeren Kontingents an minderjährigen Asylbewerbern und nachziehenden Familienmitgliedern aus europäischen Drittstaaten in Falkensee geprüft werden.

*U. Storm*

U. Storm  
- Fraktionsgeschäftsführer -

J. Concu  
- Vorsitzende SVV -